

FIROZE MANJI

AFRIKAS ENTWICKLUNG NACH KOLONIALISMUS UND NATIONALER BEFREIUNG

In das Jahr 2010 fällt nicht nur der 125. Jahrestag jener Berliner Konferenz, die wie kaum ein anderes Ereignis eine wichtige und tragische Zäsur in der Geschichte sowohl Europas als auch Afrikas darstellt – sie besiegelte die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter die kolonialen Usurpatoren. Das Jahr 2010 markiert auch die 50. Wiederkehr des «Afrika-Jahres»; es war im Jahr 1960, als 17 ehemalige afrikanische Kolonialterritorien ihre staatliche Unabhängigkeit erlangten.

Heute durchleben wir eine außerordentliche und einzigartige Periode in der Geschichte der Menschheit. Wir befinden uns in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich bereits in den 1970er Jahren zu entwickeln begann. Darüber hinaus sind wir mit einer gravierenden Umweltkrise konfrontiert, die – wenn die Wissenschaft Recht behält – binnen kurzem zur Zerstörung des Planeten führen könnte. Diese existentielle Krise ist jedoch keineswegs, wie häufig behauptet, die Folge «menschlicher Aktivitäten» schlechthin. Sie entspringt nichts anderem als dem zwanghaften Streben nach Profitmaximierung, das dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise innewohnt; insbesondere heute, in einer Zeit, in der ein paar tausend Konzerne weltweit sämtliche Bereiche der Produktion beherrschen.

Aber da ist auch noch eine ganz andere Krise, die oft zu wenig Beachtung findet, die uns jedoch Hoffnung geben könnte und sollte: Und das ist die Legitimationskrise, die schwindende Überzeugung, dass das gegenwärtige System, das die Herrschenden in der Lage sein werden, den drohenden Zusammenbruch abzuwenden. Gleich ob es sich um die Wirtschafts- oder um die Umweltkrise handelt, wir haben einen Punkt erreicht, an dem sich der Kapitalismus offensichtlich als unfähig erweist, diese Krisen zu bewältigen – zumindest nicht, ohne gleichzeitig mit barbarischer Brutalität Zerstörung überall auf der Welt, aber besonders in globalen Süden, zu verbreiten. Die Tatsache, dass heute Milliarden hungern müssen, nicht weil es an Nahrungsmitteln mangelt, sondern an Geld, diese zu kaufen; die Tatsache, dass das Kapital immer rücksichtsloser – wie im Irak und in Afghanistan – von militä-

rischer Gewalt Gebrauch macht, ... die Tatsache, dass angesichts des drohenden finanziellen Zusammenbruchs die Reaktion des Kapitals allein darin besteht, ohne jede Aussicht auf Besserung jenen Institutionen, die das Desaster verursacht haben, Milliarden US-Dollar zuzuschanden; die Tatsache, dass es selbst im Zeichen der Umweltkrise auf dem Klimagipfel in Kopenhagen unmöglich war, eine gemeinsame Strategie zur Reduktion der Kohlendioxidemissionen zu vereinbaren – all dies sind klare Anzeichen für die ausweglose Lage, in der das Kapital steckt, und dafür, dass das, was als «Lösungen» angeboten wird, immer weniger Akzeptanz findet. Alles was uns die politischen Eliten offerieren, sind genau jene alten Rezepte und Formeln, die uns in diese verzweifelte Lage gebracht haben. Schon Albert Einstein wusste, dass ein Problem nicht mit demselben (gedanklichen) Konzept bewältigt werden kann, mit dem es hervorgebracht wurde. Die Entwicklung von Alternativen zu den kruden Ideologien überlebter Eliten, das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Doch, sind wir dieser Herausforderung gewachsen? Während auf der einen Seite der schwindende Glaube an die Rezepte des Kapitals für all jene eine Quelle der Hoffnung sein mag, die überzeugt sind, das «eine andere Welt möglich ist», müssen wir andererseits konstatieren, dass noch nie im letzten Jahrhundert die Linke so geschwächt, so zerrissen und – wenn wir ehrlich zu uns selbst sind – durch den Kollaps des sogenannten real-existierenden Sozialismus in der Sowjetunion und im Ostblock so diskreditiert ist wie heute. Auch wenn dieser Zusammenbruch keineswegs nur internen, sondern in gleichem Maße auch externen Faktoren geschuldet ist. Die Linke hat kaum eine engere Bindungen an neue soziale Bewegungen, deren Organisationen oder Aktivisten. Ohne eine überzeugende ideologische Alternative, ohne die Fähigkeit, eine inspirierende Zukunftsvision von einer Welt, wie sie sein könnte, anbieten zu können, ist es kaum überraschend, dass viele dieser (neuen) Organisationen – offen oder zumindest implizit – keine Alternative zum Kapitalismus sehen oder anstreben. Auch in weiten Teilen Afrikas zeigt sich

diese Einstellung darin, dass viele weiterhin darauf hoffen, mit dem alten «Entwicklungs»Rezepten könnten die Probleme der Gegenwart bearbeitet werden, ohne zu begreifen, dass «Entwicklung» nichts anderes ist als ein ideologisches Gespinnst, mit dessen Hilfe die Vorherrschaft des Kapitals in der Peripherie – in den «Entwicklungs»ländern – gesichert wird. Die Herausforderung besteht folglich darin, eine realistische und mobilisierende Vision zu entwickeln und überzeugend darzustellen, dass eine sozialistische Alternative nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig ist – und dass sie möglich ist ohne jenen bürokratischen Despotismus, der ihr in der Vergangenheit eigen war.

In anderen Beiträgen auf dieser Veranstaltung wurden die Folgen der Berliner Konferenz en detail analysiert; das (koloniale) Terrorregime, Völkermord, Besetzung und Unterwerfung weiter Gebiete und nicht zuletzt wie die Ergebnisse der Konferenz die Kräfteverhältnisse zwischen Kolonialmächten widerspiegeln. Und sicherlich ist es keineswegs überflüssig, an die unendlichen Schäden, die Verwüstungen und den Tod von Millionen Afrikanern zu erinnern, die 400 Jahre transatlantischer Sklavenhandel verursacht haben.

Mein eigentlicher Ausgangspunkt meiner Betrachtungen liegt jedoch später und beginnt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, einer Zeit, in der jene Weichenstellungen vorgenommen wurden, die zur Transformation des Kolonialregimes in ein System der hegemonialen Beherrschung Afrikas durch transnationale Konzerne und deren Ursprungsländer geführt haben.

Da wäre zunächst der Marshall-Plan, das Programm zur Finanzierung des Wiederaufbaus im Nachkriegseuropa. Der Plan selbst wird nicht selten als eine Art generösen Akt der USA gegenüber einigen befreundeten Ländern, die sich in ernststen Schwierigkeiten befanden, interpretiert. Dabei wird in der Regel übersehen, dass der Marshall-Plan unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft umgesetzt wurde, und unter solchen Bedingungen gibt es keinen wahren Großmut. Auch gilt es sich zu erinnern, dass die USA bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Afrika kaum präsent waren. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Berliner Konferenz war ja gerade, dass die zwischenimperialistischen Rivalitäten unter den europäischen Kolonialmächten still gestellt wurden und jede dieser Mächte die Ausplünderung «ihres» Kolonialgebiets monopolisieren konnte. Jede europäische Kolonialmacht hatte somit privilegierten – wenn nicht sogar alleinigen – Zugriff auf die natürlichen Ressourcen, die Arbeitskräfte und Agrargüter der jeweiligen Kolonie, wo sie zugleich geschützte Absatzmärkte fand. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg hatte US-amerikanisches Kapital kaum Zugang zu Afrika. Die Durchdringung Afrikas durch US-amerikanisches Kapital fand erst später statt, und zwar infolge des Marshall-Plans. Im Gegenzug der – in seiner Größenordnung ziemlich bescheidenen – US-Hilfe für Europa erhielten die US-Konzerne Zugang zu den europäischen Kolonien. Das US-Kapital hatte zu diesem Zeitpunkt nämlich längst begriffen, dass das alte Kolonialregime keineswegs sonderlich effektiv war. Deshalb war von vornherein klar, dass das kolonial-imperiale Projekt einer Modernisierung bedurfte. Geschaffen werden sollten abhängige Länder, die den imperialistischen Absichten von sich aus gefügig waren, gestützt auf die Interessen einer einheimischen Mittelklasse, die von der Symbiose mit dem Auslandskapital profitierte.

Dies war jedoch keineswegs leicht zu bewerkstelligen. Die europäischen Kolonialmächte mussten dahin erst gedrängt werden. Frankreich war zutiefst gegen jede Änderung des status quo bis schließlich der anti-koloniale Befreiungskrieg in Algerien ein Umdenken erzwang. In Portugal bedurfte es erst des Sturzes der Diktatur und des Erstarkens der sozialistischen Bewegung im Lande selbst bevor seine Kolonien Mitte der 1970er Jahre die Unabhängigkeit erlangten. Und auch Großbritannien war zunächst hochgradig unwillig, seine Kolonien freizugeben. Erst der bewaffnete Kampf zum Beispiel der Kenianischen Befreiungsarmee (bekannt als «Mau-Mau») bewirkte ein Umdenken und führte letztendlich zur «Dekolonisierung», die gleichzeitig mit der Schaffung eines Commonwealth abhängiger Länder – ganz so wie sich das die US-Amerikaner vorgestellt hatten – einherging.

Das zweite wesentliche Element, das die Gesichte des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich prägen sollte, war der unerwartet heftige Aufschwung anti-kolonialer Bewegungen, die faktisch in allen damaligen afrikanischen Kolonien zur Unabhängigkeit drängten. Dies war über die Maßen bemerkenswert: Überall auf dem Kontinent begannen sich einfache Menschen zu organisieren und vehement ein Ende der Kolonialtyrannie zu fordern. Sie verlangten Rede- und Organisationsfreiheit, das Recht auf Wohnungen, Land und humane Arbeitsbedingungen sowie gerechte Entlohnung, die Freiheit von jeglicher Unterdrückung – kurz: Sie forderten das Recht auf Selbstbestimmung. Angesichts dieser Auflehnung sahen sich die USA und ihre europäischen Verbündeten damit konfrontiert, den Forderungen dieser mächtigen Bewegung irgendwie die Spitze nehmen zu müssen. Dazu setzten sie auf eine Dreifachstrategie. Zum einen wurden Gelder bereitgestellt, um eine neue Mittelklasse zu fördern, insbesondere indem Auslandsstipendien gewährt wurden. Dies diente vor allem dem Ziel, Afrikanern den Zugang zur Geschäftswelt, zu Banken und damit zu Krediten für Investitionen, zur öffentlichen Verwaltung und zu den höheren Ebenen der Justiz zu ermöglichen. Dadurch sollte sich eine neue Elite herausbilden, die die Interessen des Kapitals teilt. Zum anderen wurden – gleichzeitig – alle nur denkbaren Formen von Gewalt, Attentaten, Geheimdienstoperationen, Desinformation, (willkürliche) Verhaftungen etc. angewandt und, wo es notwendig schien, auch Bürgerkriege provoziert, indem Terrorbanden finanziell und mit Waffen unterstützt wurden (wie die RENAMO in Moçambique oder die UNITA in Angola). Alles in der Absicht, wo immer es irgend möglich war, radikale Kräfte in der anti-kolonialen Bewegung auszuschalten. Gerechtfertigt wurde dies alles mit dem Verweis auf den Kalten Krieg, wodurch jeder, der sich gegen den Imperialismus (des Kapitals) zur Wehr setzte, als Agent der Sowjetunion (oder Chinas oder Kubas usw.) denunziert wurde. Auf diesem Wege wurde die Ausschaltung einer ganzen Generation führender afrikanischer Intellektueller und politischer Vordenker bewerkstelligt ... Das dritte Element der Strategie war schließlich die Förderung von «gemäßigten» Führern und politischen Parteien, von denen angenommen wurde, dass sie sich willig in die post-koloniale Ordnung fügen würden.

So einfach war der mächtigen Massenbewegung, die den ganzen Kontinent erfasst hatte, allerdings nicht beizukommen. Selbst die am meisten «gemäßigten» unter den neu gegründeten nationalistischen Parteien standen unter star-

kem Druck ihrer Anhänger. Deshalb versuchten sie zu suggerieren, dass es für die Bewegung zur Erlangung von Freiheit und Selbstbestimmungsrechten das Beste sei, wenn sie die Nationalisten unterstützten. Der Ausgang des Kampfes um die Unabhängigkeit war aber keineswegs uniform. In einigen Fällen, wie in Kenia, gelang es den Nationalisten zu obsiegen, weil die Briten die Befreiungsarmee (Land Freedom Army) schlagen konnten und weil sie (die Nationalisten) sich zwar einer radikalen Rhetorik mit dem Bekenntnis zu einem «Afrikanischen Sozialismus» bedienten, sich aber gleichzeitig gegenüber Privateigentum und Kapitalismus «pragmatisch» verhielten, solange die neu entstehende herrschende Klasse daraus massive Vorteile ziehen konnte. In anderen Fällen konnten sich – zumindest zeitweise – radikale Nationalisten durchsetzen. Diesen wurde von Anfang an eine «Spezialbehandlung» zuteil: mit Mordanschlägen, Staatsstreichen, Desinformationskampagnen und in Einzelfällen auch Militärinterventionen. In wieder anderen Ländern – wie im Falle Tansanias – wurden de facto Wirtschaftsblockaden verhängt, in deren Folge die nationalen Ökonomien schließlich zusammenbrechen mussten.

Aber auch die nationalistischen Bewegungen konnten dort, wo sie an die Macht gelangten, sich dem Erwartungsdruck der Massen nicht gänzlich entziehen. In gewissem Sinne hatten auch sie einen «Gesellschaftsvertrag» mit den Massen. Einmal an die Macht gekommen, sahen sich die nationalistischen Führer (meist Vertreter der sich neu formierenden Mittelklasse) gezwungen, «zentrifugalen Kräften», die nach einer stärkeren Abgrenzung von der sich herausbildende «Nation» strebten, entgegenzutreten. Nachdem das Recht auf Selbstbestimmung den Kolonialmächten erfolgreich entrissen war, sollte es nun anderen Gruppierungen nicht ohne weiteres zugestanden werden. Die neuen Mächtigen verstanden sich als «Alleinherrscher», als alleinige Garanten der nationalen «Einheit». Der Staat wurde als Instrument zum Zwecke gesellschaftlicher «Modernisierung», als Zentralisierungs- und Kontrollinstanz verstanden.

Der Kampf für ein Recht auf Pluralität gegen den hegemonialen Kolonialstaat wurde in seiner Weiterung als Recht auf sozialen Pluralismus zunehmend misstrauischer beäugt. Die Massenorganisationen, die einst den nationalistischen Führern an die Macht verholfen hatten, wurden zunehmend als Hindernis für den neuen Götzendienst, den «Entwicklungskult», angesehen. Eine direkte Beteiligung der Massen an der Gestaltung der Zukunft war nicht länger erwünscht. Die Regierung allein würde die Menschen mit «Entwicklung» beglücken – «Entwicklung» wurde das neue Zauberwort. Soziale und wirtschaftliche Verbesserungen würden das Ergebnis einer ausdauernden gemeinschaftlich-nationalen Anstrengung aller Schichten sein (in Kenia bekannt geworden unter Kenyattas Slogan «Harambee» – Kiswahili-Ausdruck der Anfeuerung; etwa «Hauruck!»; d.Ü.). Bürgerliche und politische Rechte wurden schon bald als eine Art «Luxus» betrachtet, den man sich erst dann würde leisten können, nachdem «Entwicklung» erreicht wurde. Für den Moment seien, so war es von vielen afrikanischen Präsidenten zu hören, «unsere Menschen noch nicht reif dafür» – womit sie ironischerweise genau jenes Argument wiederholten, das nur wenige Jahre zuvor von den Kolonialherren selbst gegen die Unabhängigkeitsforderungen der Nationalisten ins Feld geführt wurde.

Versprochen wurde von den neuen Regierungen im Austausch gegen die Unterstützung durch die Bevölkerung der Aufbau eines Gesundheitswesens sowie Zugang aller zur Schulbildung und es wurde – im Gegenzug zum Verzicht auf die «Rechte» und «Freiheiten», die einst den Unabhängigkeitskampf inspirierten – etwas verheißen, das in den frühen 1950er Jahren in den USA erfunden wurde: «Entwicklung». In Zukunft ging es also nicht mehr um Selbstbestimmung oder um Freiheit, sondern um dieses fehlgeleitete Konzept. Es ist zweifellos eines der bleibenden historischen Verdienste, dass es den Regierungen in den ersten Jahren nach Erreichen der Unabhängigkeit gelang, in kurzer Zeit faktisch allen den Zugang zu einer Gesundheitsversorgung und zur Schulbildung zu eröffnen. Selbst wenn es Unzulänglichkeiten en masse gab, so handelte es sich doch um eine gewaltige Leistung des Staates, solche umfassenden Programme ins Werk gesetzt zu haben. Wenn sich heute so manche Nichtregierungsorganisation (NRO), ob ihrer Fähigkeiten zur Arbeit im «großen Maßstab», eitel mit Eigenlob überschüttet, so wirkt dies höchst lächerlich angesichts der Leistungen, die «im großen Maßstab» von den Regierungen (unmittelbar nach der Unabhängigkeit) erbracht wurden. Die Auswirkungen dieser Regierungsprogramme waren in allen Bereichen spürbar. Sie führten zu einer merklichen Steigerung der Lebenserwartung, zu einem dramatischen Rückgang der Kindersterblichkeit und zu einer nachhaltigen Verbesserung der Ernährungssituation, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Diese gewaltigen Verbesserungen wurden bis zum Ende der 1970er Jahre faktisch flächendeckend, auf dem gesamten Kontinent als unmittelbares Ergebnis jener Sozialprogramme erreicht. Daten zeigen zum Beispiel, dass die Lebenserwartung im sub-saharischen Afrika von 38 Jahren (1960) auf 47 Jahre (1978) stieg, obwohl sich im gleichen Zeitraum das Pro-Kopf-Einkommen kaum, nur von 222 US-Dollar auf 280 US-Dollar, erhöhte. Derartige Verbesserungen wurden in den 1960er und 1970er Jahren nicht zuletzt auch von den neuen «Entwicklungs»-Institutionen wie der British Overseas Development Agency (später Ministerium für Internationale Entwicklung), US-AID, DANIDA, SIDA, FINNIDA und vielen anderen finanziert. Diese Zeit ist als Periode der «Modernisierung» in die Geschichte eingegangen, als die imperialen Mächte noch keine Probleme damit hatten, reaktionäre Regierungen oder Ein-Parteien-Staaten zu unterstützen. Damals galt ein starker (aber natürlich «gefügiger») Staat als das Mittel, um «Entwicklung» zu erreichen.

Und so wurden unsere Staaten zu «Entwicklungs»ländern oder «unterentwickelten» Ländern, im Unterschied zu den imperialistischen Staaten, die sich selbst als «entwickelt» bezeichneten. Anders gesagt, der Süden verkörperte all das, was Europa und der Westen insgesamt vermeintlich nicht (mehr) verkörperten. Das war in gewisser Weise die Fortsetzung jener rassistischen Wahrnehmung, die früher zur Rechtfertigung des Kolonialismus diente. Wir wurden als «unzivilisiert» angesehen, und es war die Rolle Europas, uns «Zivilisation» beizubringen. Konsequenterweise wurden (und werden) die sogenannte Entwicklungswelt und ihre Bewohner vor allem dadurch beschrieben, was sie nicht sind. Sie sind chaotisch statt ordentlich, traditional statt modern, korrupt statt pflichtbewusst, unterentwickelt statt entwickelt, irrational statt rational – sie haben scheinbar in jeder Hinsicht Defizite im Vergleich zum Westen. Der weiße Westler ist noch immer

der Träger der «Zivilisation» und deshalb der Gutmensch, der Entwicklung bringt, während Schwarze, irgendwelche nachkolonialen Subjekte, noch immer als unzivilisiert und unaufgeklärt, und daher als Objekte von Entwicklung gelten.

Die «belle Epoque» des Nachkriegskapitalismus kam jedoch Ende der 1970er Jahre in die Krise. Eine weltweite Rezession erfasste das System. Einst wurde eine Vielzahl von Entwicklungsvorhaben mit günstigen Krediten zu niedrigen Zinsen finanziert. Die Verschuldung schien kein Problem. Selbst Privatunternehmen nahm staatlich garantierte Kredite (im Ausland) auf. Ende der 1970er Jahre stiegen dann aber die Zinssätze stark an. Was als harmlose Entwicklung auf Pump begann, erwies sich jetzt als teure Schuldendienstverpflichtung, die einen wachsenden Teil des Nationaleinkommens verschlang. Der Schuldendienst konnten nur dadurch im Interesse des Monopolkapitals aufrecht erhalten werden, dass einschneidende Maßnahmen ergriffen wurden. Als schließlich in den USA Ronald Reagan ins Weiße Haus kam, setzte er zusammen mit Margaret Thatcher mittels Weltbank, Währungsfonds und anderen internationalen Finanzinstitutionen die berüchtigten Strukturanpassungsprogramme durch.

Im Zentrum der damaligen Ideologie stand bekanntlich das Konzept vom schlanken Staat. Mit der Umsetzung dieser Fiktion wurde die bisherige Entwicklungspraxis in Afrika und überall in der post-kolonialen Welt grundlegend umgewälzt. Im neo-liberalen Verständnis besteht die wichtigste Funktion der Wirtschaftspolitik darin, einer kleinen Minderheit das «Recht» auf größtmögliche Bereicherung (euphemistisch als «Wachstum» bezeichnet) zu sichern. Nur wenn diese Freiheit unbegrenzt ist – so wird behauptet – könnten andere Mitglieder der Gesellschaft von positiven Rückkopplungseffekten profitieren (zum Beispiel vom sogenannten Sickereffekt). Der alleinige Zweck von «Entwicklung» sei es folglich, «Wachstum» zu schaffen, infolgedessen dann irgendwann später auch andere Annehmlichkeiten genossen werden könnten. Staatsausgaben sollen demzufolge vor allem dazu dienen, ein «wachstumsförderliches» Umfeld zu schaffen, an Statt für die Bereitstellung von sozialen Diensten «verschwendet» zu werden; Leistungen, die ohne hin viel effizienter durch den Privatsektor erbracht werden könnten. Dieser (Ir)Glaube findet sich heute faktisch überall, in allen Berichten über wirtschaftliche Entwicklung – ob von der Weltbank, dem Währungsfonds, der Welthandelsorganisation oder den Entwicklungshilfeorganisationen des Nordens ...

Die Überschuldung der afrikanischen Länder gab den multinationalen Kreditinstituten schließlich jene Mittel in die Hand, die es ihnen ermöglichten, überall und jedem neo-liberale Politikkonzepte aufzuherrschen. Die Institutionen von Bretton Woods (gemeinsam mit den Entwicklungshilfeorganisationen) sind heute die neuen Herrscher über die post-kolonialen Volkswirtschaften. Durch die auf dem gesamten Kontinent erzwungenen Strukturanpassungsprogramme ist es ihnen gelungen, allen sowohl die Ziele von Entwicklung als auch die Mittel zum Erreichen dieser Ziele vorzuschreiben. Mit der Strukturanpassung wurde zudem der direkte Eingriff in politische Entscheidungsprozesse legitimiert. Auf diesem Wege wurde von außen festgelegt, in welchem Umfang der Staat überhaupt noch im sozialen Bereich aktiv werden durfte. Oft wurden drakonische wirtschaftliche und soziale Sparprogramme erzwungen, die zu einem enormen Anwachsen der Arbeitslosigkeit und zu fallenden Realeinkommen für die

Bevölkerungsmehrheit geführt haben. Die politische Macht ging in Afrika in die Hände jener über, die die Aufrechterhaltung der Herrschaft multinationaler Konzerne und die Öffnung der Länder im Zuge der «Globalisierung» befürworteten. Kurz gesagt, nur wenige Jahren nach der Unabhängigkeit fanden sich die Länder Afrikas in einer Situation wieder, in der ihre sozial- wie wirtschaftspolitischen Geschicke nicht mehr von den Bürgern, sondern von internationalen Finanzinstitutionen im Profitinteresse transnationaler Unternehmen gelenkt werden.

Zwar wurde in den 1990er Jahren von der internationalen Gemeinschaft zunehmend mehr Augenmerk auf «gute Regierungsführung» und hier insbesondere auf die Zulassung politischer Pluralität in Form eines Mehrparteiensystems gelegt, aber eine wirkliche Demokratisierung hat nicht stattgefunden, auch weil eine solche gar nicht im Interesse der herrschenden Eliten ist. Der Staat und seine Rolle im Sozialbereich wurden im Rahmen der Strukturanpassung weitestgehend kastriert. Die Gestaltung der Wirtschaftspolitik wurde jetzt von multinationalen Institutionen übernommen, während staatliche Stellen heute ironischerweise von letzteren für jene fehlgeleiteten neo-liberalen Politikkonzepte kritisiert werden, die ihnen vorher von außen – von ihren heutigen Kritikern – aufgezwungen wurden ... Mehr politische Pluralität erscheint als der einzige Weg zu Herstellung neuer Legitimität. Aber statt mehr Grundrechte zu gewähren oder mehr Rechenschaftspflicht des Staates und der Verwaltungen durchzusetzen, wurden durch mehr Pluralismus bislang lediglich jene Ränkespiele und Streitigkeiten zwischen den Fraktionen der herrschenden Eliten um die Kontrolle des Staates in die Gesellschaft getragen. Und da die Vertreter der Eliten ihre wichtigsten Unterstützer in ihren ländlichen Herkunftsgeländen haben, sind durch die Übertragung der Konflikte zwischen den Elitengruppen in die gesamte politische Arena nunmehr die verheerenden Wirkungen des Tribalismus auch im urbanen Milieu zu spüren.

Doch was hat es mit den sozialstaatlichen Projekten auf sich, die ebenfalls unter guter Regierungsführung firmieren? Dazu wäre zunächst festzuhalten, dass Markt und Mildtätigkeit sich keineswegs ausschließen; das Jahrhundert des «Freihandels» zwischen 1840 und 1930 war gleichzeitig eine Hochzeit für karitative Initiativen im gesamten Britischen Empire. In Großbritannien selbst erzeugte die industrielle Revolution drastische Unterschiede in den Lebensstandards von Bourgeois und Proletariern. Noch 1890, als sich die erfolgreichsten Unternehmer gerade anschickten, Reichtümer aufzuhäufen, die sich mit denen der traditionellen Aristokratie messen konnten, lebte etwa ein Drittel der Bevölkerung Londons unter dem Existenzminimum und Hungertote waren keine Seltenheit. Damals waren private Wohltätigkeitsinitiativen das wichtigste Mittel gegen die sozialen Missstände, für deren Bekämpfung von privater Seite viel mehr getan wurde als von der öffentlichen Hand. Es überrascht daher kaum, wenn der Triumph des Neo-Liberalismus mit einer Renaissance von «Entwicklungs»NRO – die karitativen Nachfolger der Missionare – einhergeht.

Im Rahmen von bilateralen oder auch multilateralen Vereinbarungen werden beträchtliche Mittel «zur Milderung der sozialen Kosten der Strukturanpassung» bereit gestellt. Der Zweck dieser Programme liegt auf der Hand, es geht darum, die schreienden Ungerechtigkeiten, die durch die Anpas-

sungsprogramme hervorgebracht werden, soweit abzumildern, dass es nicht zum offenen Widerstand kommt. Es geht darum, ein «soziales Netz» für die «Schwächsten» zu spannen – allerdings kommen die Mittel dafür nicht vom Staat (der bekanntlich gezwungen wurde sich aus dem sozialen Bereich «zurückzuziehen»), sondern vom stets willfähigen NRO-Sektor. Dass dem NRO-Sektor derartige Mittel zugänglich gemacht wurden, hat wiederum diesen Bereich selbst verändert. Das Engagement von NROs aus dem Norden ist in Afrika dramatisch angewachsen. In Kenia zum Beispiel ist die Anzahl der internationalen NROs von 45 auf 134 gestiegen und hat sich damit zwischen 1978 und 1988 fast verdreifacht. Nach Angaben des Overseas Development Instituts wurden 1992 ca. zehn bis fünfzehn Prozent der gesamten «Entwicklungshilfe» über NROs abgewickelt. Zwar kommt die Masse dieses Geldes von privaten Spendern, aber auch die öffentliche Hand stellt einen beträchtlichen Betrag bereit. Das Britische Ministerium für Internationale Entwicklung vergibt ungefähr acht Prozent seines Budgets an NROs. Die US-Administration wickelt bis zu 40 Prozent ihrer Hilfsprogramme über NROs ab. Überhaupt hat sich der Anteil öffentlicher Mittel in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten beträchtlich erhöht. Noch in den frühen 1970er Jahren erhielten NROs weniger als zwei Prozent ihrer Mittel aus öffentlichen Kassen. Mitte der neunziger Jahre waren es bereits 30 Prozent. Zwischen 1984 und 1994 hat die Britische Regierung die Mittelvergabe an NROs um 400 Prozent erhöht, auf 86,7 Mio. Pfund. Ähnliches trifft auch für den NRO-Sektor in Australien, Finnland, Norwegen und Schweden zu. Als Folge dieser Entwicklung hat sich die Zahl der westlichen NROs im Entwicklungsgeschäft extrem erhöht, manche gut etablierten NROs sind enorm gewachsen. Und so wuchs natürlich auch die Anzahl der in Afrika tätigen NROs. Mehr als 40 Prozent der in Kenia aktiven NROs stammen aus dem Ausland, 204 von insgesamt 511.

Im Zeitalter der Globalisierung haben die afrikanischen Regierungen weitgehend die Fähigkeit zu einer selbstbestimmten Gestaltung sozialer Entwicklungsprozesse im allgemeinen und der Sozialpolitik im besonderen verloren. Von außen aufgezwungene Vorgaben für die Gesundheits- und Bildungspolitik, für sozialpolitische Programme, für die Besteuerung von Profiten und die Liberalisierung von Preiskontrollen sowie nicht zuletzt die Schließung oder Privatisierung von Staatsbetrieben – all diese Konditionen haben die innere Ungleichheit anwachsen lassen. Angesichts der Dominanz multinationaler Konzerne auf dem Binnenmarkt verbleiben nur wenige legale Möglichkeiten zur Akkumulation für das einheimische Kapital. Die Kapitalisten haben die Wahl, entweder als Agenten der Multis (bescheiden) zu verdienen oder mittels Kriminalität, Korruption, Drogen-, Waffen-, und Menschenhandel oder Prostitution reich zu werden. Das UNDP (UN-Entwicklungsprogramm; d.Ü.) argwöhnt zu Recht, dass Kriminelle die eigentlichen «Profiteure der Globalisierung» sind. Die Deregulierung der Finanzmärkte und die neusten Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie machen im Geschäft mit Drogen und Waffen oder bei der Geldwäsche «Transaktionen leichter, schneller und weniger kontrollierbar». In dem Maße wie die Unterschiede zwischen Organisationen für soziale, politische oder kriminelle Zwecke in Afrika immer mehr verwischt werden, geraten Zivilisten immer öfter ins Kreuzfeuer von bewaffneten Oppositionsgruppierungen und einem zunehmend verzweifelter agierenden

Staatsapparat ... Wachsende Verarmung, immer neue Konflikte und der Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung – das bereitet den Boden für das Wirken der Entwicklungs-NROs. Und Afrikas Niedergang rechtfertigt dies scheinbar stets aufs Neue. Es muss davon ausgegangen werden, dass NROs eine immer größere Rolle spielen, je instabiler die Weltlage wird, weil immer mehr Mittel an jene Organisationen fließen werden, die in der Lage sind, ein Minimum sozialer Dienste aufrechtzuerhalten. Wenn nun die Regierungen in Afrika immer mehr zu Verwaltern der Bantustans der Globalisierung verkommen, müssen wir dann mit einer Renaissance der alten kolonialen Muster rechnen, bei denen Sozialleistungen entweder als besondere Gunst oder aus Mildtätigkeit gewährt oder als PR-Maßnahme inszeniert wurden?

NROs werden heute nicht ohne Grund als dem Staat vorzuziehende Organisationen zur Erbringung sozialer Leistungen angesehen. Die zwischenstaatlichen Hilfsorganisationen erwarten heute von NROs, dass sie an Stelle des Staates Sozialprogramme durchführen, die umso notwendiger sind, je mehr die Strukturanpassung soziale Notstände gebiert. Die Entwicklungs-NROs sind heute mehr denn je ein integraler und unverzichtbarer Teil eines Systems, das Recht, Gerechtigkeit und Respekt unterminiert. Obgleich ständig vom «partizipativen Herangehen» gefaselt wird, nehmen sie heute den Platz der Missionare von einst ein – erbringen Sozialleistungen, führen karitative Projekte durch und handeln an Stelle Dritter (die nicht mehr für sich selbst handeln können). Natürlich wäre es falsch, das Wechselspiel von westlichen NROs und staatlichen Entwicklungshilfeagenturen in den 1980er Jahren ausschließlich als abgekartete darzustellen. Diese Rollenverteilung im neoliberalen Gesamtzusammenhang entsprang wohl mehr einer gemeinsamen Ideologie als einem absichtsvollen Plan. Karitative Aktivitäten waren für die Protagonisten des neoliberalen Projekts einfach willkommene Hilfsmittel, die es ihnen erleichterten, Zustimmung für ihr Anliegen zu finden, statt unverblümt Zwang anwenden zu müssen. Die Rolle, die NROs bei der globalen Durchsetzung der Hegemonie des Neoliberalismus gespielt haben, mag nicht vordergründig deren Absicht entsprochen haben. Es mag nicht in derselben Weise wie es bei vielen Missionsgesellschaften der Fall war, bewusstes Engagement für ein imperiales Projekt gewesen sein. Aber das mindert ihre Mitverantwortung kaum; ... ihr (Mit)Wirken war viel effektiver (als das der Missionare).

Entwicklung ist heute ein inhärenter Teil der Ideologie des modernen Kapitalismus, und zwar in einem solchen Maße, dass jeder für verrückt erklärt wird, der sich traut zu behaupten, dass «der Kaiser nackt» ist.

Und doch gibt es dafür Anzeichen. Im Jahr 2008 gab es gleichzeitig einen neuen Höchststand bei der Zahl der Hungernden weltweit und bei den Ernteerträgen der Agrarkonzerne als auch bei den Profiten im Agro-Food-Sektor. Das Realeinkommen der Mehrheit der Menschen in der Dritten Welt ist heute niedriger als vor 20 Jahren und auch niedriger als in den 1970ern. (...)

Angesichts der Nettotransfers aus dem Süden in den Norden ist Entwicklung zu einem Instrument verkommen, mit dem der Norden sich am Süden bereichert und das Ganze auch noch karitative Hilfe nennt.

Wo liegen nun aber die gemeinsamen Interessen von Norden und Süden? Auch heute – ähnlich wie in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – erleben wir in Afrika einen

neuen Aufbruch sozialer Bewegungen. Diese Bewegungen haben sehr unterschiedliche Ziele – manche befassen sich mit den Arbeitsbedingungen, andere organisieren Slumbewohner, wieder andere bestehen aus Landlosen, manche sind im Gesundheitswesen aktiv oder kämpfen für die Bereitstellung von Medikamenten gegen HIV/AIDS oder um Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität bzw. gegen die Privatisierung dieser öffentlichen Güter.

All diesen Bewegungen ist gemeinsam, dass sie sich für ein selbstbestimmtes Leben und die Überwindung von allen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung einsetzen. Sie haben gewiss unterschiedliche konkrete politische Ziele, aber sie sind implizit (und manche auch explizit) von dem überzeugt, was das Weltsozialform auf den Begriff gebracht hat: «Eine andere Welt ist möglich!»

Diese diversen Bewegungen zusammen könnten soziale Veränderungen erreichen, die im allgemein menschlichen Interesse wären. Sie suchen nach Solidarität (einer solidarischen Gesellschaft). Doch, was ist damit gemeint? Im Kern heißt Solidarität die Anerkennung der Tatsache, dass des einen Freiheit von der Freiheit anderer und deren Freiheit wiederum von unserer Freiheit abhängt. Niemand verlangt, dass sich einer für die Angelegenheiten eines anderen aufopfert, aber wir müssen erkennen, dass wir gemeinsame Feinde haben. Und diese Feinde befinden sich nicht irgendwo in der Ferne, sondern direkt vor unserer Haustür. Dort gilt es sich zu engagieren. Die Schaffung einer Solidaritätsbewegung – wie damals im Anti-Apartheidskampf oder gegen den Vietnamkrieg – wird es für die Herrschenden schwerer machen, sich an unserer Unterdrückung weiterhin zu bereichern. Dabei ist es das Eigeninteresse, das die Akteure zu solidarischem Handeln motiviert – wie einst in den USA nicht in erster Linie die Grausamkeiten des Krieges in Vietnam die Anti-Kriegsbewegung anstachelten, sondern die sinnlosen Verluste von US-amerikanischen Menschenleben.

Ich denke es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen denen, die sich für Emanzipation und Selbstbestimmung einsetzen und jenen, die unablässig im Hamsterrad von «Entwicklung» herumrennen. Damit soll denen, die sich in Entwicklungsagenturen abmühen, keineswegs unterstellt werden, sie seien keine «Gutmenschen» oder sie meinten es nicht ehrlich mit ihrem Engagement für soziale Gerechtigkeit. Aber was zählt, ist das, was objektiv dabei herauskommt, nicht das, was subjektiv gewollt wird. Entwicklung war und ist das Stück Zucker, das das Schlucken der bitteren Pille kapitalistischer Ausbeutung erträglicher machen soll.

Der Kern des Problems besteht darin, dass die Entwicklungsagenturen sich für eine falsche Art von Hilfe engagieren, von der Paolo Freire sagt:

«Wirklicher Großmut zeigt sich genau dort, wo es darum geht, falsche Barmherzigkeit zu beenden. Falsche Barmherzigkeit hält die Furchtsamen und Unterdrückten in der Position von «gescheiterten Existenzen», die ihre zitternden Hände (nach Almosen) ausstrecken. Wahrer Großmut liegt in dem Bestreben, diesen Händen – seien es die einzelner oder ganzer Völker – Unterstützung zu geben, so dass sie immer weniger bitten müssen und sie mehr und mehr zu menschlichen Händen werden, die selbst schaffen können und die schaffend die Welt verändern.» (...)

Wenn «Entwicklung» Sinn machen soll, dann muss sie als ein Prozess verstanden werden, in dem die Menschen ihr Schick-

sal in die eigenen Hände nehmen. Wenn jedoch 50 Jahre Entwicklung im Süden dazu geführt haben, dass die Menschen heute weniger den je selbstbestimmt leben, dann ist «Entwicklung» gescheitert.

Aber die «Fremdbestimmten» wehren sich. Überall im Süden formieren sich Bewegungen, die die herrschende politische Ordnung infrage stellen ... Daher leben wir in einer aufregenden Zeit, die aber auch eine Zeit höchster Unsicherheit ist. Es ist schwer vorher zu sagen, welches die Folgen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus sein werden. Sicherlich gibt es auffällige Parallelen zur lang anhaltenden Krise in den 1870er Jahren: Damals ging die Krise mit einem massiven Schub in der Konzentration und Zentralisation des Kapitals einher; Monopole und das Finanzkapital entstanden, das imperialistische Kolonialsystem erlangte seine volle Ausprägung – vor 125 Jahren, mit der Berliner Konferenz. In der Folgezeit wurde das kapitalistische System von tiefen Erschütterungen erfasst: der Erste Weltkrieg, die Russische Revolution, die Weltwirtschaftskrise von 1929, das Naziregime und schließlich der Zweite Weltkrieg, der Sieg der chinesischen Revolution, aber auch die verheerenden US-Kriege in Korea und Vietnam. Es könnte gut sein, dass die jetzige Krise mit ähnlichen Begleiterscheinungen einher geht. Mit welchen konkret, ist allerdings nicht vorhersehbar. Auf jeden Fall wird der subjektive Faktor eine wichtige Rolle spielen. Haben wir den Willen, dem entgegen zu treten wie der Kapitalismus mit all seiner Macht, versucht die Krise systemimmanent zu lösen? Viel wird davon abhängen, ob der Süden in der Lage sein wird, bei der Schaffung einer anderen Welt selbst die Führungsrolle zu übernehmen. Aber genauso viel wird davon abhängen, ob die progressiven Kräfte im Norden ihre eigene herrschende Klasse in die Schranken zu weisen vermögen, um zu verhindern dass diese den globalen Süden Terror und Barbarei überzieht.

Vortrag auf der Konferenz «Widerstand und Aufbruch – 125 Jahre Berliner Afrikakonferenz, 50 Jahre unabhängiges Afrika», die gemeinsam von Rosa-Luxemburg-Stiftung, dAfrig und SOD!! im Januar 2010 in Berlin veranstaltet wurde.

(leicht gekürzt und redaktionell bearbeitet vom Übersetzer Arndt Hopfmann)

Dr. Firoze Manji ist

Herausgeber von Pambazuka News (www.pambazuka.org) und Direktor von Pambazuka Press (www.pambazukapress.org) sowie der Gründer und frühere Geschäftsführer von Fahamu-Networks for Social Justice (www.fahamu.org) 1997–2010.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)